

2024

Abitur

Original-Prüfung
mit Lösungen

**MEHR
ERFAHREN**

Niedersachsen

Politik-Wirtschaft

+ *Schwerpunktthemen 2024*
+ *Übungsaufgaben*



STARK

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hinweise und Tipps zum Zentralabitur

1	Die schriftliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft	I
2	Die mündliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft	XXVII
3	Die Präsentationsprüfung in Politik-Wirtschaft	XXXI
4	Einige Tipps zur Vorbereitung auf die Abiturprüfungen	XXXIII

Abiturähnliche Übungsaufgaben

Mündliche Prüfung

Übungsaufgabe 1:	<i>Medien und Politik</i>	1
------------------	---------------------------------	---

Schriftliche Prüfung

Übungsaufgabe 2 (GA):	<i>Soziale Ungleichheit in Deutschland</i>	9
Übungsaufgabe 3 (EA):	<i>Wirtschaftswachstum und Umwelt</i>	17

Auswahl an Originalprüfungen GA/EA

GA 2017 Aufgabe I:	<i>Soziale Marktwirtschaft und Freihandel</i>	29
GA 2017 Aufgabe II:	<i>Internationaler Terrorismus und Demokratie</i>	36
EA 2017 Aufgabe I:	<i>Demokratie und internationaler Terrorismus</i>	45
EA 2019 Aufgabe II:	<i>Friedenssicherung und Demokratie</i>	57

Abiturprüfung 2021 (Auswahl)

Grundlegendes Anforderungsniveau

Aufgabe I	<i>Politische Partizipation und Umweltpolitik</i>	GA 2021-1
Aufgabe III	<i>Herausforderungen der Konfliktbewältigung und Partizipation in der Demokratie</i>	GA 2021-10

Erhöhtes Anforderungsniveau

Aufgabe II	<i>Soziale Marktwirtschaft und politische Partizipation</i>	EA 2021-1
Aufgabe III	<i>Internationale Konflikte und politische Partizipation</i>	EA 2021-12

Abiturprüfung 2022 (Auswahl)

Grundlegendes Anforderungsniveau

Aufgabe I	<i>Politische Partizipation und Sicherheitspolitik</i>	GA 2022-1
Aufgabe II	<i>Soziale Marktwirtschaft und weltwirtschaftliche Verflechtung</i>	GA 2022-11

Erhöhtes Anforderungsniveau

Aufgabe II	<i>Soziale Marktwirtschaft und politische Partizipation</i>	EA 2022-1
Aufgabe III	<i>Rolle der Bundeswehr und Medien in der Demokratie</i>	EA 2022-13

Abiturprüfungsaufgaben 2023 www.stark-verlag.de/mystark

Sobald die Original-Prüfungsaufgaben 2023 freigegeben sind, können Sie sie als PDF auf der MyStark herunterladen (Zugangscode vgl. Umschlaginnenseite).

Autoren

Jan-Patrick Bauer:	17/GA I, II; 21/EA III; 22/GA II; 22/EA III
Klaus Eberhard:	17/EA I; 19/EA II; 21/EA II; 22/EA II
Jennifer Hauser:	21/GA III, 22/GA I
Harry Kokot:	Hinweise und Tipps; ÜA 1, 3; 21/GA I
Oliver Thiedig	ÜA 2

Vorwort

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

Sie haben Politik-Wirtschaft auf grundlegendem oder erhöhtem Anforderungsniveau als Prüfungsfach gewählt. Dieses Buch bietet Ihnen die Möglichkeit, sich optimal auf das Zentralabitur 2024 vorzubereiten.

Das einführende Kapitel **Hinweise und Tipps** gibt Ihnen wertvolle Informationen zum Ablauf des Zentralabiturs sowie konkrete, leicht umsetzbare Tipps, die Ihnen bei der Vorbereitung und bei der Bearbeitung der Abiturprüfung helfen. Dieses Kapitel beschäftigt sich zudem ausführlich mit den **Operatoren**, die zur Lösung aller Abituraufgaben von entscheidender Bedeutung sind. Zu allen drei Anforderungsbereichen finden Sie inhaltlich passende Fragestellungen inklusive Lösungsskizze. Ebenso erfahren Sie Wichtiges zum **mündlichen Abitur** sowie zur **Präsentationsprüfung**.

Weiter enthält das Buch die offiziellen Prüfungsaufgaben der Jahre 2021 und 2022 sowie eine **Auswahl an Originalprüfungsaufgaben** älterer Jahrgänge, die thematisch zu den aktuellen Schwerpunktthemen passen. Die zusätzlichen **Übungsaufgaben** sind entsprechend den Vorgaben für das zentrale Abitur in Politik-Wirtschaft konzipiert und beziehen sich auf die **Themen und Inhalte** des Zentralabiturs 2024. Zu jeder Aufgabe finden Sie **konkrete Tipps** zum Vorgehen und zur Bearbeitungsweise. Zudem wurden von unseren Autoren zu allen Aufgaben ausführliche Lösungen ausgearbeitet. Diese **detaillierten Lösungsvorschläge** bieten Ihnen Beispiele dafür, wie Ihre Antworten im Abitur aussehen könnten.

Sollten nach Erscheinen des Bandes noch wichtige Änderungen in der Abitur-Prüfung 2024 vom Kultusministerium bekannt gegeben werden, finden Sie aktuelle Informationen dazu im Internet unter:
www.stark-verlag.de/mystark.

Die Autoren und der Verlag wünschen Ihnen schon jetzt viel Erfolg bei der Abiturprüfung!

Hinweise und Tipps zum Zentralabitur

1 Die schriftliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft

1.1 Rahmenbedingungen der Prüfung

Die zentrale Aufgabenstellung im Abitur gilt nur für die schriftlichen Abiturprüfungen, die mündliche Abiturprüfung oder – alternativ – die Präsentationsprüfung werden weiterhin dezentral gestellt.

In der sog. **Qualifikationsphase** sind laut **Oberstufenverordnung** aus dem Angebot der Schule fünf Prüfungsfächer (P1–P5) zu wählen, und zwar drei fünfstündige Fächer (P1–P3) mit erhöhtem Anforderungsniveau (EA) und zwei dreistündige Fächer (P4, P5) mit grundlegendem Anforderungsniveau (GA). In den ersten vier Prüfungsfächern wird jeweils eine schriftliche Abiturprüfung, im 5. Prüfungsfach die mündliche Abiturprüfung oder auf Verlangen des Prüflings eine Präsentationsprüfung abgelegt.

Politik-Wirtschaft kann **im gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt**, wo es als **2. Schwerpunktfach** (EA) vorgesehen ist, als drittes Prüfungsfach (P3) – abhängig vom Konzept der Schule – entweder von Ihnen gewählt oder von der Schule festgelegt werden. In allen anderen Schwerpunkten kann es – je nach Schulkonzept – ebenfalls als P3-Fach (EA) gewählt/festgelegt oder als P4-Fach (GA) gewählt werden.

Die Aufgabenvorschläge der Abiturprüfung orientieren sich an zwei Vorgaben: den **Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA)** und dem niedersächsischen **Kerncurriculum**, das die EPA konkretisiert, indem es fachspezifische Kompetenzen ausweist und notwendige Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten (vgl. Übersichten im Kerncurriculum) benennt.

Im Unterricht der Qualifikationsstufe werden diese Kompetenzen über die im **Kerncurriculum** genannten Gegenstandsbereiche/Themen vermittelt. Problemstellungen aus diesen Gegenstandsbereichen bilden die Grundlage für die zentralen schriftlichen Abituraufgaben.

Bei der Abiturprüfung ist als **Hilfsmittel** das Grundgesetz (inkl. Niedersächsische Verfassung ohne ergänzende Kommentare) zugelassen.

1.2 Gegenstandsbereiche und Themen der Prüfung

Die folgende Übersicht enthält die **schwerpunktmäßig zu behandelnden Themen und Inhalte** für die **Abiturprüfung 2024** in Politik-Wirtschaft. Weitere im Kerncurriculum genannte Themen und Inhalte (*kursiv*) sind **überblicksartig**, d. h. zusammenfassend zu behandeln. Die Gegenstandsbereiche der Schulhalbjahre 12/2 bis 13/2 sind durch Unterpunkte konkretisiert.

Die Abiturprüfungsaufgaben sind so konzipiert, dass sie ihren Ausgangspunkt in den schwerpunktmäßig zu behandelnden Themen und Inhalten eines Gegenstandsbereichs haben. Gesichtspunkte aus den Themen/Inhalten der weiteren zu behandelnden Gegenstandsbereichen können berücksichtigt werden.

Semester 12/1 Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit		
	GA (grundlegendes Anforderungsniveau)	<u>Zusätzlich</u> EA (erhöhtes Anforderungsniveau)
Themen/Inhalte (Schwerpunkte)	<ul style="list-style-type: none"> • Formen und Funktionen von Partizipation in der Demokratie: Formen politischer Partizipation; Funktionen von Partizipation für die Demokratie (Artikulation, Integration, Repräsentation, Kontrolle); Legitimität, Effizienz, Wirksamkeit, Gerechtigkeit von Formen der Partizipation • Medien in der Demokratie: Formen medialer Politikvermittlung und Möglichkeiten der politischen Partizipation über Medien; Funktionen der Medien für das politische Setting (Urteils- und Meinungsbildung, Kritik und Kontrolle, Artikulation, Information, Agenda Setting); Einflüsse medialer Kommunikation auf politische Prozesse und Entscheidungen • Politische Akteure (Bürger, Parteien, Verbände, Initiativen, Bewegungen) im politischen Entscheidungsprozess: Aufgaben und Einflussmöglichkeiten der politischen Akteure im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess <p>vgl. z. B. ÜA 1 GA: 2021 I, 2022 I / EA: 2017 I, 2021 II, 2022 II</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung politischer Teilhabe: Statistiken zur Entwicklung politischer Teilhabe (quantitativ und qualitativ); Auswirkungen unterschiedlicher Partizipationsformen auf die repräsentative Demokratie • Medienmärkte und Medienökonomie: Aktuelle Entwicklungen auf Medienmärkten; Aspekte der Medienökonomie (Angebot und Nachfrage, Konzentration und Diversifikation); Chancen und Risiken digitaler Mediennutzung für Partizipation
Themen/Inhalte (überblicksartig)	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Verfassungsorgane</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Demokratiethorien</i>
Basiskonzept(e)	Interaktionen und Entscheidungen	Ordnungen und Systeme

zentrale Fachkonzepte	Partizipation – Effektivität – Macht	Repräsentation – Markt – Interesse
Fragestellungen (Beispiele)	<ul style="list-style-type: none"> • Gefährdet die Krise der Volksparteien unsere Demokratie? • Demokratischer Protest: eine notwendige Form der Partizipation? • Lobbyismus: Primat der Politik oder Primat der Ökonomie? • „Wahlen allein machen noch keine Demokratie.“ (B. Obama, US-Präsident 2009 – 2017). Setzen Sie sich mit dieser Aussage begründet auseinander. 	

Semester 12/2 Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

	GA	<u>Zusätzlich EA</u>
Themen/Inhalte (Schwerpunkte)	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit: Soziale Ungleichheit am Beispiel der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland; Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung; Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (Egalität, Bedarf, Leistung) als Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft • Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Sozial-, Wettbewerbs-, Marktconformitäts-, Eigentums-, Haftungsprinzip • Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft: Aufgaben des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft (u. a. Ordnungsrahmen, Bereitstellung öffentlicher Güter, Wettbewerbssicherung, soziale Sicherung); Verhältnis von Markt und Staat • Umweltprobleme: Umweltprobleme als Marktversagen (öffentliche Güter und negative externe Effekte); Konflikte zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung; Möglichkeiten und Grenzen umweltpolitischer Instrumente (Wirksamkeit, Effizienz, Anreizwirkungen, politische Durchsetzbarkeit) vgl. z. B. GA: ÜA 2, 2017 I, 2022 II / EA: ÜA 3, 2021 II, 2022 II 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensbedingungen: Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Umwelt in Bezug auf Produktion und Konsum; Bruttoinlandsprodukt als Methode zur Messung von Wirtschaftswachstum; Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen • Umweltpolitische Instrumente: nationale und europäische umweltpolitische Instrumente (Steuern, Zertifikate, Ge- und Verbote, Abgaben, Anreizsysteme)
Themen/Inhalte (überblicksartig)	<ul style="list-style-type: none"> • <i>wirtschaftspolitische Ziele, Maßnahmen und Zielkonflikte</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Einkommens- und Vermögensverteilung</i>
Basiskonzept(e)	Ordnungen und Systeme	Motive und Anreize

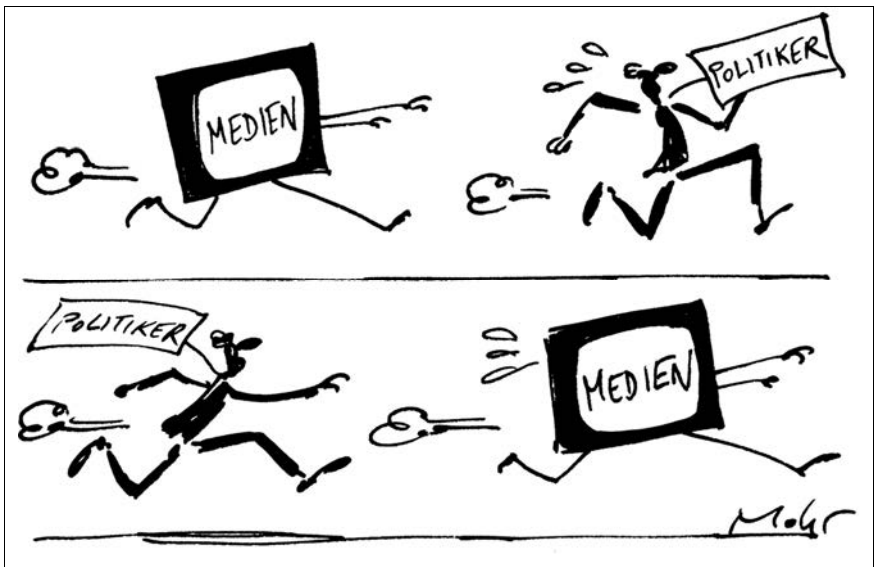
POLITISCHE PARTIZIPATION ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT
(Themenschwerpunkt: 12/1: Medien in der Demokratie)

Thema: Medien und Politik

Aufgabenstellung

- 1 Analysieren Sie die Karikatur.
- 2 Erläutern Sie – ausgehend von der Karikatur – für die Mediendemokratie relevante Entwicklungen.
- 3 Erörtern Sie, inwieweit Medien heute ihrer Rolle als „vierte Gewalt“ gerecht werden.

M1 Burkhard Mohr: Politiker und Medien (2012)



© Burkhard Mohr

TIPP Die Lösung geht von den in den Hinweisen und Tipps zum Zentralabitur vorgestellten Erarbeitungsschritten aus (siehe S. XXVII ff.).

Die Problemstellung aus dem Gegenstandsbereich „Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (12/1) bezieht sich auf das Schwerpunktthema „Medien in der Demokratie“ und das Basiskonzept „Interaktionen und Entscheidungen“. Voraussetzung für eine entsprechende mündliche Prüfung ist die vorherige unterrichtliche Behandlung relevanter Aspekte und Zusammenhänge der Rolle und Funktion der Medien in der Demokratie (u. a. Agenda Setting und die potenziell veränderten Partizipationschancen durch virtuelle soziale Netzwerke) sowie die Analyse von Karikaturen (kriterien- oder aspektorientierte Erschließung und strukturierte Darstellung).

Anforderungsbereiche: 1. Aufgabe (I/II), 2. Aufgabe (II), 3. Aufgabe (III)

Materialgrundlage ist eine Karikatur:

- Politikvermittlung über Medien – Mediendemokratie/Informationsgesellschaft – Verzahnung von Medien, Politik, Wissen und Partizipation, u. a. Wirkung von Medien auf Einstellungen und Partizipation;
- Medienfunktionen;
- Schlüsselstellung von Medien in politischen Debatten und Entscheidungsprozessen (Politikzyklus, ggf. Beispiele);
- Leitmedien; Medienwirkung und Medienkritik (z. B. Kritik an den öffentlich-rechtlichen Sendern als „Staatsfernsehen“); Mediennutzungsverhalten;
- aktuelle Bezüge (Grundrecht Pressefreiheit; Verschwörungstheorien und Vorwürfe „Lügenpresse“, Hass- und Falschmeldungen – Fake News/„alternative Fakten“ – im Netz, Übergriffe auf Journalist*innen/Politiker*innen, Rolle der Medien in der Corona-Krise, KI-basierte Informationen);
- Ansprüche und Widersprüche: Objektivität/Unabhängigkeit/Seriosität;
- Theorien/Modelle zum Verhältnis von Medien und Politik;
- offene Fragen: Macht oder Ohnmacht der Medien?;
- Manipulierbarkeit/Manipulation der politischen Willensbildung (Wahlen) durch gezielte, „gefilterte“ Informationen.

Einordnung des Themas
(in Anlehnung an die unterrichtliche Erarbeitung)

- 1 – Darstellung zweier Sichtweisen des Verhältnisses zwischen Medien und Politiker*innen: zwei Bilder mit jeweils zwei „Aktoren“ („Medien“ als Fernseher „personifiziert“/ein Strichmännchen mit „Politiker“-Schild); als Verfolgungsjagd veranschaulicht;

Strukturierung des Materials, Teilaufgabe 1

- **1. Szene:** Medien verfolgen einen Politiker; „Jagd“ nach Neuigkeiten (Insider-Informationen); die Politiker*innen fühlen sich kontrolliert/gehetzt; Medien werden von der Politik als lästiges Element betrachtet und ignoriert (v. a. in Situationen wie Krisen/Affären etc.); Befürchtung der Politik, dass negative „Bilder“ produziert werden und Politiker*innen in einem falschen Licht erscheinen (Image). Beschreibung
 - **2. Szene:** Politiker*innen benötigen die Medien; versuchen diese zu instrumentalisieren (und verfolgen sie), weil sie sich durch Medienpräsenz Vorteile (positive Resonanz: Image, Volksnähe) versprechen (z. B. in Wahlkampfzeiten).
 - Der Karikaturist thematisiert die grundsätzliche Problematik des schwierigen **Verhältnisses zwischen Medien- und Politikbereich** und stellt die zunehmende Mediatisierung infrage. Beide Bereiche bzw. „Systeme“ sind aufeinander angewiesen, haben aber Probleme im Umgang miteinander (Spannungsverhältnis zwischen Ab- und Zuneigung, „gestörte“ Kommunikation). Interpretation
- 2 – Bezug zur Karikatur:** Politiker*innen sind nicht nur politisch Handelnde, sondern sie müssen den Bürger*innen in einer Demokratie ihre Politik über Medien vermitteln, d. h. erklären und begründen bzw. rechtfertigen. Sie dürfen sich aufgrund der medialen Transparenz nicht zu weit von den gesellschaftlichen Erwartungen/Normen entfernen. Medien entfalten so gleichsam eine „disziplinierende“ Wirkung. Insofern durchdringen die Kommunikationsmittel und -strukturen der politischen und der medialen Sphäre einander (Mediatisierung).
- Der Karikaturist verweist auf mögliche – nur angedeutete – Problemfragen und Widersprüche, z. B.: Wer ist von wem abhängig? Wer hat mehr Macht? Wie weit dürfen sich Politiker*innen auf die Medien einlassen bzw. sich mit ihnen arrangieren? Wie werden die Mediennutzer beeinflusst?
- **Entwicklungen in der Mediendemokratie:** Angesichts der Bedeutung verschiedener, für den Einzelnen nicht mehr unmittelbar erfahrbare Entwicklungen, deren Kenntnis aber für das individuelle Handeln/Verhalten in einer **pluralistischen Gesellschaft** unerlässlich ist, ist eine zuverlässige Informationsgrundlage durch die Medien zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit Aspekten, auch Widersprüchen und Problemen der gesellschaftlichen/politischen Wirklichkeit (**Informationsfunktion**) fördert die Orientierung und das Verstehen, stärkt die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit (**Meinungsbildungsfunktion**) und ermöglicht Reaktionen (**Öffentlichkeit/Kritik und Kontrolle**). Funktionen der Medien

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

(12/2: Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit; 12/1: Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit)

Thema: Soziale Marktwirtschaft und politische Partizipation

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie Tilman Santarius' Einschätzung des Regierungshandelns in der Corona-Krise zusammen.
- 2 Arbeiten Sie Santarius' Auffassung von der Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft heraus.
- 3 Erläutern Sie ausgehend vom Text unterschiedliche Formen politischer Partizipation in Deutschland.
- 4 Erörtern Sie ausgehend vom Text (Z. 67–80) Santarius' Forderung, ein Grundeinkommen einzuführen, vor dem Hintergrund von Grundwerten der sozialen Marktwirtschaft.

M Tilman Santarius: Die Lehre aus Corona: Weniger Wachstum wagen!

Aufgrund der Dominanz der ökonomischen Folgen der Coronakrise wird eines weitgehend verdrängt: Aus ökologischer Sicht macht die Rückschau auf die erste Welle von Sars-CoV-2 und das politische Management der Krise durchaus einige Hoffnung.

Deutschland hat Anfang April rund 26 Prozent weniger CO₂ als üblich emittiert.

- 5 Für das ganze Jahr 2020 prognostizieren Klimaforscher*innen einen Rückgang der globalen Emissionen um 4,2 bis 7,5 Prozent. Es lässt sich kaum bezweifeln: Selten ist der industrielle Teil der Weltgesellschaft mittels demokratisch eingeführter Maßnahmen einen solchen Schritt in Richtung ökologische Nachhaltigkeit gegangen. Der nationale wie internationale Flugverkehr war in den letzten Monaten beinahe vollständig
- 10 heruntergeregelt worden. Auf den Straßen führen gemäß Bundesanstalt für Straßenwesen zeitweise rund 80 Prozent weniger Busse und 70 Prozent weniger Pkw, in der Gesamtbetrachtung aller Kraftfahrzeuge ging der Verkehr um mehr als 50 Prozent zurück. Alles zusammen hat zu deutlich besserer Luft in den Städten und weit weniger klimaschädlichen Treibhausgasemissionen geführt – zumal auch in der Industrie die
- 15 Emissionen um 20 Prozent zurückgegangen sind. [...] Das politische Management in Deutschland kann im Großen und Ganzen für sich beanspruchen, mit Solidarität und öffentlicher Hilfe den Lebensunterhalt der meisten Bürger*innen gesichert und gleichzeitig einen einzigartigen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit geleistet zu haben.

20 Auch wenn sich die meisten Bürger*innen derzeit zweifellos wünschen, dass wir in der Öffentlichkeit bald wieder ohne Mund-Nasen-Bedeckung auftreten dürfen, stellt sich daher die grundlegende Frage: Kann eine derart politisch gesteuerte Mäßigung des Verkehrs, der Wirtschaftsleistung und ergo der Treibhausgasemissionen bei gleichzeitiger finanzieller und politischer Solidarität zur Wahrung eines würdigen Lebens aller Bürger*innen nicht ein Modell für eine zukunftsfähige Gesellschaft sein?

25 Mitnichten – meint offenbar die große Mehrzahl der Expert*innen. Wie die fast einhellige Zustimmung zum gewaltigen Konjunkturprogramm der Bundesregierung zeigt, scheint es eine stille Übereinkunft unter Deutschlands Ökonom*innen, Politiker*innen und sogar vielen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu geben, möglichst bald zum Status quo vor der Krise zurückzukehren. Ob rechts oder links, ob Umwelt- oder Sozialverbände: Die meisten Stimmen im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs plädieren für massive staatliche Neuverschuldung, um möglichst rasch die Produktion und den Konsum wieder zum Brummen zu bringen und die Wachstumswirtschaft wieder herzustellen – inklusive fortlaufend steigendem Produktivitätsdruck und Zeitstress für die Einzelnen. Von dem historisch beispiellosen Mut aber, mit dem die Regierung erst vor drei Monaten dem Gemeinwohl klar den Vorrang vor der Sicherung von Unternehmensgewinnen und Arbeitsplätzen eingeräumt hat, ist nur noch Mittelmaß übriggeblieben. Statt das politische Management der Coronakrise als Einstand für den Übergang in eine solidarische und umweltfreundliche Ökonomie zu betrachten, geht es darum, möglichst schnell in die „schöne alte Welt“ zurückzukehren. Ein bisschen 35 Geld für Elektroautos und ein paar andere Ingredienzien eines Green Deal¹ sollen dabei den Rückschritt als Fortschritt kaschieren. [...]

Die massiven Unsicherheiten, wie es mit der von Corona ausgehenden Gefahr weitergehen wird, sind [...] ein trefflicher Anlass, den aus jeder Wirtschaftskrise bekannten Ruf nach öffentlich finanziertem Ankurbelung der Konjunktur in Frage zu stellen. 45 Viel sinnvoller könnte es sein, die knappen öffentlichen Mittel für strukturelle Maßnahmen einzusetzen, um die Wirtschaft auf einem insgesamt niedrigeren Niveau des Bruttoinlandsprodukts funktionsfähig zu halten. [...] Denn in Zeiten zunehmenden Klimawandels, schwindender Ressourcen bei steigender Weltbevölkerung sowie einem beispiellosen Verlust der Artenvielfalt [...] dürften uns noch ganz andere (Wirtschafts-)Krisen bevorstehen. Wenn sie alle mit milliardenschweren Konjunkturpaketen kuriert werden sollen, werden die Wurzeln des Problems nie angegangen und zugleich den kommenden Generationen eine noch übermächtigere Schuldenlast aufgebürdet. Nur grundlegende strukturelle Maßnahmen können für die ganze Bevölkerung Einkommen, Arbeitsplätze und eine stabile Versorgung insbesondere durch die sozialen Sicherungssysteme garantieren, ohne dass ein Zwang zu fortlaufendem Wirtschaftswachstum besteht. 55

Die gute Nachricht ist: Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann eine Wirtschaft auch auf einer niedrigeren Produktionsebene und ohne Wachstum stabil und funktionsfähig sein – und dabei die Umwelt weitaus weniger belasten. [...] Um das zu erzielen, bedarf es erstens einer Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmenge. Das kann durch 60 eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung im Sinne einer „Kurzen Vollzeit“ umgesetzt werden. So könnte eine 32-Stunden- oder eine 24-Stunden-Woche die bisherige Vollarbeitszeit von rund 40 Stunden pro Woche ersetzen – eine Situation, die während der

1

TIPP Anforderungsbereich: I, Gewichtung in Prozent: 20

Der Operator „zusammenfassen“ verlangt hier von Ihnen eine knappe, strukturierte und inhaltlich fokussierte Darstellung der wesentlichen Aspekte des Textes. Dabei sollen Sie selektiv vorgehen und sich nur auf den Aspekt der Bewertung des Regierungshandelns in der Coronakrise durch den Autor konzentrieren. Achten Sie auf eine sprachlich distanzierte und unkommentierte Darstellungsweise, am besten durch Verwendung des Konjunktivs. Verzichten Sie auf lange Zitate, belegen Sie aber Ihre Ausführungen mit den passenden Zeilenangaben.

Tilman Santarius, Professor für sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Digitalisierung sowie Mitglied im Aufsichtsrat von *Greenpeace*, bewertet in seinem Artikel „Die Lehre aus Corona: Weniger Wachstum wagen!“ aus „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 07/2020, S. 9–12, das **Handeln der (Bundes-)Regierung zwiespältig**. Zunächst schätzt er die Maßnahmen zur Überwindung der ersten Welle der Corona-Pandemie **positiv** ein (vgl. Z. 2 ff.), kritisiert anschließend jedoch massiv die **geplanten Aktionen** zur Überwindung der **ökonomischen Folgen** (vgl. Z. 34 ff.). Er erkennt an, dass die politischen Maßnahmen zu einer erheblichen **Reduktion des CO₂-Ausstoßes** geführt (vgl. Z. 4) und somit deutlich zum Ziel der **ökologischen Nachhaltigkeit** beigetragen hätten (vgl. Z. 18). Gleichzeitig sei es gelungen, die **wirtschaftlichen Existenzgrundlagen** derjenigen Bevölkerungsteile, die von den einschränkenden Regelungen betroffen waren, **hinreichend zu sichern** (vgl. Z. 15 ff.). Die geplanten Maßnahmen zur Überwindung der hieraus resultierenden negativen wirtschaftlichen Folgen lehnt er allerdings als **rückwärtsgerichtet** (vgl. Z. 41 f.) und **nicht zukunftsweisend** ab. Statt den Weg der **Reduktion von umweltbelastendem wirtschaftlichem Wachstum** weiter zu beschreiten und als **Zukunftsmode**ll zu betrachten (vgl. Z. 21 ff.), verfolge die Regierung das gegenteilige Ziel: Die geschrumpfte Wirtschaftsleistung solle durch ein gigantisches **kreditfinanziertes Konjunkturprogramm** angekurbelt werden, insbesondere über eine deutliche Steigerung des Konsums mit den damit verbundenen vermeintlich positiven Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Z. 25 ff.). Der Regierung fehlt laut Santarius der Mut, die **Ursachen** gegenwärtiger und zukünftiger Probleme wie Klimawandel und Endlichkeit der Ressourcen anzugehen und einen **grundlegenden Kurswechsel** hin zu einem **solidarischen und umweltfreundlichen Wirtschaftssystem** zu vollziehen. Sie falle zurück und setze weiter auf eine **wachstumsorientierte Konjunkturpolitik** (vgl. Z. 37 ff.).

Einleitung:
Quelle, zentrale
These

Begründung der
ambivalenten
Beurteilung
ökologische
Nachhaltigkeit,
individuelle
wirtschaftliche
Sicherheit

Rückkehr zur
Konsum- und
Wachstums-
orientierung

In dieser Aufgabe müssen Sie aus dem Material die Auffassung des Autors von der Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft herausarbeiten und die einzelnen Aspekte zueinander in Beziehung setzen. Hierbei sollten Sie ggf. auch implizite, d. h. nicht ausdrücklich genannte, dem Text aber zugrunde liegende Sachverhalte berücksichtigen.

Der Autor setzt in seinen Ausführungen durchgängig einen sehr **aktiven Staat** im Bereich des wirtschaftspolitischen Handelns voraus. Dies zeigt sich sowohl in der positiven Bewertung der einschneidenden Eingriffe der Regierung in wirtschaftliche Prozesse während der ersten Corona-Welle als auch in seinen Forderungen nach Beibehaltung bzw. Weiterentwicklung dieser Eingriffe nach einem (möglichen) Ende der Corona-Pandemie.

Staat als wirtschaftspolitischer Akteur

Implizit anknüpfend an die wirtschaftspolitischen Ziele des **Magischen Sechsecks** sowie an zentrale **Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft** fordert er zahlreiche einschneidende Korrekturen problematischer Marktergebnisse.

Ziele des Magischen Sechsecks und Grundwerte

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, den wirtschaftlichen **Ordnungsrahmen** für das gesellschaftliche Leben zu gestalten, auch um mögliche Probleme und Krisen zu entschärfen oder abzuwenden. In diesem Zusammenhang lassen sich die staatlichen Regulierungsmaßnahmen zu Beginn der Pandemie 2020, wie z. B. die Reduktion von Mobilität (z. B. Flugreisen) und die Einschränkung infektionsrelevanter wirtschaftlicher Leistungen (z. B. Einzelhandel, Restaurantangebote), einordnen. Ziel dieser Eingriffe war die Gewährleistung von **Sicherheit** (Gesundheit) als zentraler Wert der Sozialen Marktwirtschaft, woraus sich allerdings ein **starker Zielkonflikt** mit einem ihrer anderen Grundwerte, der **Freiheit**, ergab.

ordnungspolitischer Rahmen

Grundwerte: Sicherheit und Freiheit

Santarius möchte es aber nicht dabei belassen, sondern die ergriffenen Maßnahmen als künftiges Modell für staatliches Regulier handeln verstanden wissen, als „Einstand für den Übergang in eine solidarische und umweltfreundliche Ökonomie“ (Z. 37 f.). Implizit knüpft er dabei an die **qualitativen Ziele** des **Magischen Sechsecks** an: den **Schutz der Umwelt** und die **gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung**. Zielkonflikte mit anderen, quantitativen Zielen des Sechsecks wie Wachstum und Vollbeschäftigung sieht er nicht, weil er weiteres Wirtschaftswachstum für schädlich sowie für nicht notwendig erachtet (vgl. Z. 57 ff.) und als Belastung für die Beschäftigten versteht (vgl. Z. 33 f.).

neues Wirtschaftsmodell

qualitative Ziele: Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit

Der **Schutz der Umwelt** und somit der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen für den Autor als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik im Fokus. Die hierzu notwendigen Reduktionen der CO₂-

Emissionen erfordern staatliche Maßnahmen, wie sie in der Corona-Pandemie erfolgreich ergriffen wurden (vgl. Z. 4 ff.). Statt zügellosem Wirtschaftswachstum sollte das BIP insgesamt **abgesenkt bleiben**, z. B. durch grundlegende **strukturpolitische Maßnahmen** wie die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit (vgl. Z. 59 ff.).

Senkung des BIP durch strukturelle Maßnahmen

Der damit verbundene Einkommensverlust, der insbesondere Geringverdiener betreffen würde, kann nach Santarius durch ein „**allgemeines Grundeinkommen**“ (Z. 68), das Hartz IV und Mindestrente deutlich übersteigt, ausgeglichen werden (Berücksichtigung des Grundwerts der **sozialen Sicherheit** und des Sozialprinzips). Die Finanzierung wäre durch eine „Solidaritätssteuer von Besserverdienenden und Vermögenden“ (Z. 78) gewährleistet, wodurch gleichzeitig ein qualitatives Ziel des Magischen Sechseckes, die **gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung**, gefördert würde.

allgemeines Grundeinkommen

Der Autor sieht die geforderten Maßnahmen **nicht im Widerspruch zur Funktionsfähigkeit** des Marktes und erkennt somit ein wesentliches Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das **Marktkonformitätsprinzip**, als wichtig an (vgl. Z. 57 ff.). Insbesondere der Hinweis auf die extreme Verschuldung der öffentlichen Haushalte, mit der in alter Gewohnheit (Wirtschafts-)Krisen kuriert werden sollen, deutet darauf hin. Zunehmende Verschuldung **ohne grundlegenden Strukturwandel** werde den Handlungsspielraum künftiger Generationen weiter einengen, ohne die Wirtschaft auf Dauer zu stabilisieren (vgl. Z. 50 ff.).

Marktkonformität der Maßnahmen

Notwendigkeit eines Strukturwandels

3

TIPP Anforderungsbereich: II, Gewichtung in Prozent: 20

Diese Aufgabe erfordert einen Übergriff vom Themenbereich „Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (12/2) auf das Kursthema „Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (12/1). Sie sollen Kenntnisse aus dem 1. Semester der Qualifikationsphase mit passenden Passagen des Textes in Verbindung bringen, indem Sie verschiedene Möglichkeiten der politischen Partizipation in Deutschland anhand von Beispielen, die u. a. an den Text anknüpfen, aufzeigen. Sofern es sich anbietet, könnte die Einbeziehung politischer Theorien Ihre Darstellung vertiefen.

Santarius' Ausführungen zum Regierungshandeln während und nach der ersten Corona-Welle deuten an einigen Stellen verschiedene Möglichkeiten politischer Teilhabe und Mitbestimmung an, die sich durch das Grundgesetz legitimieren.

Formen politischer Teilhabe



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK